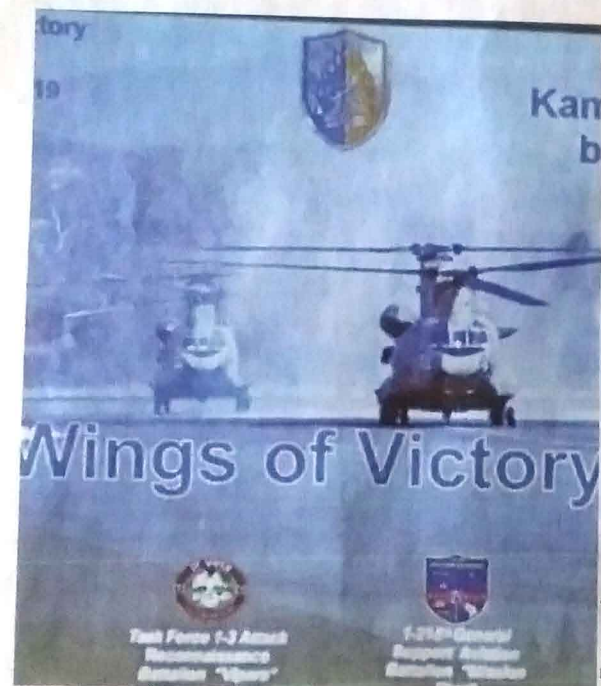


Herumeiern statt Vorzeichenwechsel

Der Verein WiR und die Bürgerinitiative Etz langt's kritisieren den Verlauf der Ratssitzung zum **FLUGBETRIEB** in und um Illesheim.

ICKELHEIM. „US-Militär und Staatskanzlei haben den Einsatz der Windsheimer Räte zu einer Schaufensterveranstaltung herabgewürdigt.“ So bewertet Tanja Schwarz aus Ickelheim, Vorstandsmitglied der Bürgerinitiative (BI) Etz langt's, den Verlauf der öffentlichen Sitzung des Bad Windsheimer Stadtrates, bei der es wie berichtet um den militärischen Flugbetrieb am Flugplatz Illesheim gegangen war. Auch für Rainer Meier, Vorsitzender des Vereins Windsheimer und Ortsteilbürger ins Rathaus (WiR), wurde bei der Sitzung im Ickelheimer Schützenhaus „deutlich, dass eine wesentliche Veränderung zum Besseren seitens der politisch Verantwortlichen in absehbarer Zeit wohl nicht zu erreichen ist“.

Tanja Schwarz würdigte in einer Pressemitteilung ausdrücklich „das Bemühen von Bad Windsheimer Stadtratsmitgliedern, die Bevölkerung vor Lärm und Abgasen der US-Kampfhubschrauber zu schützen“. Ebenso sei der Versuch, mittels einer Ratssitzung Transparenz schaffen zu wollen, lobenswert. Erreicht worden sei dieses Ziel freilich nicht. Stattdessen hätten die Vertreter von



Startbild der Präsentation, mittels derer die Army-Vertreter ihren Vortrag vor dem Stadtrat unterlegten. Foto: Günter Blank

Armee und Staatskanzlei mit ihren „Wischi-waschi-Aussagen“ und einem „Herumeiern bei nahezu allen Fragen“ ein „bürgerfernes und teils -feindliches Bild abgegeben“. Tanja Schwarz will zudem eine beharrliche „Weigerung der Staatsregierung, Feinstaubmessungen direkt am Flugfeld in Illesheim durchzuführen“,

ausgemacht haben, bezeichnet diese als Offenbarungseid und liefert auch gleich eine Erklärung mit: „Ministerpräsident Markus Söder fürchtet, den Menschen im Umfeld der Heliports in Westmittelfranken die Wahrheit zu sagen: Nämlich, dass die US-Militärbasen mit ihren fliegenden Dreckschleudern der Klimakiller Nummer eins in der Region sind.“ Wer die Umwelt vor Ort schützen und die Gesundheit der Anwohner bewahren wolle, müsse „die zivile Umnutzung in Illesheim und Ansbach-Katterbach voranbringen“.

Ins selbe Horn hatte bei der Sitzung am Dienstag WiR-Fraktionsvorsitzender Jürgen Heckel gestoßen und gefordert, „die Weichen endlich anders zu stellen im Sinne dieser Region“. Er könne es nicht verstehen, dass der Freistaat einerseits großzügig das Heilbad Windsheim unterstützt und man „andererseits die Leute wieder wegtreibt“. Heckel plädierte gar für den Abzug der US-Streitkräfte binnen fünf Jahren – um dies kurz darauf als „maximale Forderung“ wieder zu relativieren. Unmittelbare Kritik erntete er von Dieter Hummel (CSU): Heckels Forderung

nach dem Truppenabzug sei „im Rat nicht mehrheitsfähig“ und auch die Mehrheit der Bürgerschaft sei für die Beibehaltung der Standorte Illesheim und Katterbach.

WiR-Vorsitzender Rainer Meier bedauert in seiner Verlautbarung, dass die anwesenden „Offiziellen“ bei der Sitzung im Schützenhaus konkrete Aussagen vermieden hätten. Deutlich sei hingegen geworden, dass kommunale Politiker alleine keine Änderungen erreichen könnten. Und auch wenn der Abzug des Militärs derzeit keine realistische Option darstelle, so gebe es „in aller Welt bestimmt besser geeignete Flugübungsstätten als hier bei uns“. Bei aller Dankbarkeit gegenüber den US-amerikanischen Streitkräften müsse heute überdacht werden, was vor 75 Jahren richtig schien, denn: „Körperliche Unversehrtheit ist ein Grundrecht in Deutschland. Und ein Notstand nicht erkennbar, der eine Bevorzugung jeglichen Militärs rechtfertigt.“ Deshalb halte WiR einen „Vorzeichenwechsel“ für alternativlos: „Nicht das Militär, das Wohlergehen der Zivilbevölkerung muss an erster Stelle stehen.“ GÜNTER BLANK